

Verantwortungslos, aber nicht planlos

Zum Beitrag von Jasper von Altenbockum „Gorleben muss sterben“ und zum Leserbrief von Marc Ruttloff „Gorleben: gewollte Verantwortungslosigkeit“ (F.A.Z. vom 21. Juli und 19. August): Ich stimme Leser Ruttloff zu. Der politische Umgang mit der Frage der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland ist verantwortungslos. Aber er ist nicht planlos. Eine Erklärung dafür, warum die Niedersächsische Landesregierung den Salzstock Gorleben „für geologisch ungeeignet“ hält – im Widerspruch zum Urteil der dafür zuständigen Fachleute –, findet sich in der Koalitionsvereinbarung der ersten rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen von 1990. Dort steht im Abschnitt 16 „Entsorgungskonzept“: „Die Koalitionsparteien ... drängen darauf, dass Entsorgungseinrichtungen erst dann bereitgestellt werden, wenn der Ausstieg aus der Atomenergienutzung festgeschrieben ist.“

Die Endlagerfrage soll also offengehalten werden, um den Atomausstieg politisch durchzuhalten. Denn der Hinweis auf die ungelöste Endlagerfrage hat sich in der Öffentlichkeit als recht wirksames Argument gegen die Nutzung der Kernenergie erwiesen. Aus dieser Absicht heraus erklären sich das Moratorium zur Erkundung des Salzstocks aus dem Jahr 2001 und auch das 2013 verabschiedete

Standortauswahlgesetz. Die dort in Paragraph 3 vorgesehene Kommission darf sich nun erneut mit den Kriterien der Standortauswahl befassen, nachdem diese Kriterien bereits 2002 vom Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd) definiert worden sind. Den AkEnd hatte die rot-grüne Bundesregierung unter Gerd Schröder selbst eingesetzt. Die Verantwortungslosigkeit hat also Methode.

Und sie ist auch plausibel aus Sicht der Gegner der Atomenergie. Denn für die Vereinbarungen zum Atomausstieg von 2000 und 2002 – nachdem in den 1990er Jahren Klimaschutz zum weltweit beherrschenden Thema der Energiepolitik geworden war! – fehlte eine vernünftige Begründung. Auf einen sachlich fundierten Vergleich von Risiken und Chancen der Kernenergienutzung gegenüber den zunehmend schwerer zu beherrschenden Risiken des Klimawandels hatte man verzichtet. Stattdessen wurde die Öffentlichkeit mit der Botschaft beruhigt, Atomausstieg und Klimaschutz seien kein Widerspruch. Heute sind die CO₂-Emissionen aus der Stromerzeugung noch genauso hoch wie 2000. Die Beruhigungspille ist also in Gefahr, ihre Wirkung zu verlieren. Deshalb will man offenbar auch heute noch nicht auf das Druckmittel der offenen Endlagerfrage verzichten.

CHRISTOPH BARTHE, HAMBURG

F A Z
16.9.2014